

PRESSESPIEGEL
der CDU in Pankow
Juli 2025

Datum: 03.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Norman Börner Thema: Johannes Kraft

WAS DER FIRMA NUN DROHT

Wie eine illegale Baustelle in Wilmersdorf die U3 lahmlegte

03.07.2025, 13:12 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten



Von **Norman Börner**
Redakteur



Wegen eines Tunnelschadens war im Juni die U3 zwischen den Bahnhöfen Spichernstraße und Wittenbergplatz gesperrt. Ursache war eine illegale Baustelle.

© Hannes P Albert/dpa | Hannes P Albert

Berlin. Die Baufirma hatte keine Erlaubnis, die Straße aufzureißen. Für mehr Kontrollen fehlt den Ämtern das Personal. Trotz möglicher Dunkelziffer.

„Für engmaschigere Kontrollen fehlen offenkundig die Kapazitäten“, so King. In einer früheren [Anfrage des Abgeordneten Johannes Kraft \(CDU\) an die Senatsverwaltung für Verkehr](#) teilte die Senatsverwaltung mit, auf eine „generalpräventive Wirkung“ zu setzen. Verbotene Baustellen sollen durch die Androhung von Sanktionen verhindert werden. Ob und wie bestraft wird, hänge vom Einzelfall ab. Nicht jede illegale Baustelle führe zu Schäden, einem Verkehrsunfall oder außerordentlichen Kosten.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/charlottenburg-wilmersdorf/article409417016/wie-eine-illegale-baustelle-in-wilmersdorf-die-u3-lahmlegte.html>

Datum: 04.07.25	Medium: Berlin Live
	Autor: Anouschka Hamp Thema: Johannes Kraft

Flughafen BER sorgt bei Anwohnern für Ärger – diesmal geht es nicht um den Lärm



von **Anouschka Hamp** 04.07.2025 - 21:37 Uhr

Sommerzeit ist Ferienzeit! Doch während gerade täglich tausende Reisende an den Flughafen BER pilgern, liegen die Nerven bei den Anwohnern blank.

Der **Flughafen BER** lässt die Anwohnenden schon lange sauer aufstoßen. Los ging das in den 1990er-Jahren mit der Bekanntgabe des Baus. Nach der Eröffnung 2020 ging es dann weiter. Diesmal ging es um den Lärm der Flugzeuge. Doch nun kommt seit Kurzem ein neues Problem dazu.

Denn die Parkgebühren am Hauptstadtflughafen sind vielen Reisenden zu teuer. Statt auf den Bus oder die Bahn umzusteigen und Kosten zu sparen, parken vielen jetzt in Wohngebieten in Rudow, kostenlos. Die Anwohnenden macht das sauer.

Flughafen BER schürt den Frust

Am Flughafen BER kostet der günstigste Parkplatz drei Euro pro Stunde. Eine Woche kostet in dieser Kategorie dagegen schon 89 Euro. Möchte man es etwas bequemer und zum Beispiel keine allzu langen Laufwege bis zum Terminal, kann der Preis aber auch schon mal auf 280 Euro ansteigen. In einer Zeit, in der auch Flüge immer teurer werden, ist das vielen zu teuer.

Zahlreiche Reisende weichen deshalb auf den an den BER angrenzenden Bezirk Rudow als kostenlose Parkplatzmöglichkeit aus. Die Folge: Die Straßen sind überfüllt, Gehwege zugeparkt und die Parkplatzsuche für Anwohnende wird immer schwieriger. Besonders betroffen sind laut der „BZ“ das Frauenviertel, die Waltersdorfer Chaussee und der Bereich rund um den U-Bahnhof Rudow.

Ist das die Lösung?

„Das ärgert die Anwohner zunehmend, denn Parkplätze fallen durch dieses rücksichtslose Verhalten weg. Dieses Problem dürfen wir nicht länger hinnehmen“, erklärt CDU-Abgeordneter Olaf Schenk bei einem Bürgerdialog. Er fügt hinzu, dass er zwar persönlich kein großer Fan von Parkraumbewirtschaftungen sei, es angesichts der Lage rund um den Flughafen BER allerdings trotzdem eine Idee wäre.

Doch auch das kostet Geld. Geld, das Berlin in der aktuellen Haushaltsslage nicht unbedingt locker hat. Schon jetzt kostet die Parkraumbewirtschaftung den Steuerzahler pro Jahr 108 Millionen Euro, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Johannes Kraft. Eine andere Option wären Poller an Grundstückseinfahrten – die müssten die Anwohnenden dann aber selbst zahlen.

Eine endgültige Lösung wurde bislang noch nicht gefunden. Sicher ist aber: Die Situation wird sich weiter verschlimmern – spätestens mit Beginn der Sommerferien am 24. Juli.

Datum: 05.07.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Sprechstunde auf der Plauderbank

PANKOW. Ordnungsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) lädt die Bürger am Mittwoch, 9. Juli, zwischen 16 und 18 Uhr zu einer Bürgersprechstunde auf der Plauderbank auf dem Pankower Anger ein (Breite Straße, nahe der Bronzeplastik „Viertelmondträgerin“). Eine Anmeldung per Mail an Tobias.Schubart@ba-pankow.berlin.de ist notwendig. Bei schlechtem Wetter findet die Sprechstunde im Büro der Stadträtin statt. **cs**

Datum: 05.07.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Manuela Anders-Granitzki

Lkw-Projekt: Bezirk hält an Verkehrsplänen fest

ROSENTHAL: Verkehrsstadträtin will die Kastanienallee weiter ausbauen lassen / Finanzierung eines Lärmgutachtens indes weiter unklar

von Thomas Schubert

Die geplante Erneuerung der Kastanienallee in Rosenthal ist so heiß umstritten wie noch nie. Und schien zwischenzeitlich komplett auf Eis zu liegen.

So legte es zumindest noch vor wenigen Tagen ein Schreiben der örtlichen Bürgerinitiative um Sprecherin Magdalena Villányi nahe. Die feierte ein Schreiben des Bezirksamts Pankow an den Anwalt der Bürger als wichtigen Erfolg beim verlangten Abbruch des Straßenneubaus. Denn darin schien der Bezirk – genauer gesagt die Rechtsabteilung – dem Druck der Anwohnerinitiative zum sofortigen Stopp des Vorhabens nachzugeben, das die Route als Passage für schwere Lastwagen ausbauen würde. Und es klang so, als ließe der Bezirk den sicher geglaubten Starttermin der Bauarbeiten im Herbst fallen.

Grund für das Wackeln des Zeitplans laut des Rechtsamts-Schreibens: das Fehlen eines aktuellen Lärmschutzgutachtens. Aber bedeutet das einen Projektstopp? Ein Sprecher von Verkehrsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) be-



Trotz Drohungen wütender Nachbarn hält das Bezirksamt am Ausbau der maroden Kastanienallee in Rosenthal für schwere Lkw fest. Endet der Fall nun vor Gericht? Foto: Thomas Schubert

zweifelt das energisch und stellt jetzt klar: „Nicht richtig ist, dass der Ausbau der Kastanienallee im erste Teilschnitt von der Friedrich-Engels-Straße bis zur Eschenallee wegen fehlender Lärmschutzvorsorge abgesagt wurde oder dass der Ausbau ohne die notwendige Grundlage eines Lärmschutzgutachtens beginnen sollte.“ Tatsächlich enthalte das bishe-

rige Gutachten auch „keine eklatanten Fehler“. Vielmehr sei das Gutachten im Jahr 2018 nach damals gültiger Rechtslage „korrekt gefertigt“ gewesen. Aber inzwischen durch neue Richtlinien zu Verkehrslärmmissionen überholt. Neu sei, dass bei einer Untersuchung die geplante „lärmarme Straßendeckschicht“ berücksichtigt werden kann.

Eine Deutung der Bürgerinitiative, das Straßenbauprojekt sei auf juristischen Druck der Bürger gestoppt, bezeichnet das Büro von Verkehrsstadträtin Anders-Granitzki als falsch. Behauptungen, die Planungen seien „rechtswidrig und erst ein anwaltlicher Eilantrag und die Unterlassungsaufforderung hätten weitere Rechtsverletzungen verhindert, muss

dem in aller Deutlichkeit widersprochen werden“, erklärt der Sprecher. „Selbstverständlich werden alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten. Insofern ist es auch nicht richtig, dass Anwohner über gesetzliche Beschränkungen hinaus belastet werden.“

Somit hält die Abteilung von Verkehrsstadträtin Anders-Granitzki die Hemmnisse für den Umbau der Kastanienallee in den nächsten Monaten für lösbar. Noch offen bleibt allerdings die Frage, wie man die Finanzierung eines frischen Gutachtens regeln will. Denn die Erstellung eines aktuellen Lärmschutzgutachtens scheiterte bisher offenbar an fehlendem Geld in den Kassen des Bezirks, wie dem Schreiben aus dem Rechtsamt zu entnehmen ist – dieses Dokument liegt der Morgenpost vor.

Konkret heißt es in dem Schreiben des Pankower Rechtsamts für den Anwalt der Anwohner: Ein solches Gutachten könne „aufgrund der angespannten Haushaltslage derzeit nicht beauftragt werden. Die Ausbauplanung konnte noch nicht abgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für den 1. als auch den 2. Teilschnitt der Kastanien-

allee. Daher können wir Ihnen keine Ausbaupläne zukommen lassen.“ Und der entscheidende Satz in der Erklärung des Pankower Rechtsamts an den Anwalt der Bürger, der die Projektgegner hoffnungsvoll stimmte, lautete so: „Zu Ihrem Unterlassungsbegehren teile ich Ihnen mit, dass ein Baubeginn in der Kastanienallee in Rosenthal derzeit nicht ansteht.“ Eine Aussage, die der Sprecher von Verkehrsstadträtin Anders-Granitzki aber widerrufen lässt.

Ob und wie genau sich die Schwierigkeiten um das veraltete Lärmgutachten lösen lassen, entscheidet sich wohl in den nächsten Wochen. Doch selbst wenn eine solche neue Analyse in Auftrag gegeben würde und sich diese Problematik aus Sicht des Bezirks klärt: Die Anwohner gehen davon aus, dass man das Vorhaben per Klage stoppen kann. Sollte das Projekt dennoch ohne ausreichenden Lärmschutz starten, kündigt die Bürgerinitiative Kastanienallee weitere rechtliche Schritte an. Falls eine Eskalation in Pankows derzeit heißem Verkehrsstreit noch nicht eingetreten ist – sie könnte dann kommen.

Datum: 08.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian, Jörn Pasternack

FÜNFTER STANDORT FÜR BOOM-BEZIRK

Alles zu Pankows neuem Bürgeramt: „Mit Wachstum Schritt halten“

08.07.2025, 11:34 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Wohnung anmelden, Meldebescheinigung holen, Reisepass beantragen: Die Leistungen des Bürgeramtes sollen in Pankow schon bald an einem weiteren Standort in Anspruch genommen werden können. © iStock | simarik

Berlin. Nirgendwo soll Berlin so rasant wachsen wie in Pankows Norden. Ein neues Bürgeramt ist da nur konsequent. Wo und wann es losgehen soll.

Kein Bezirk in Berlin wächst perspektivisch so stark wie Pankow. Das gilt insbesondere für dessen Norden mit seinen vielen geplanten Wohnquartieren. Entsprechend wichtig ist dort die Erweiterung der Verwaltungsinfrastruktur – inklusive der Aussicht auf ein neues Bürgeramt. Wie der CDU-Ortsverband Pankow Nord, zuständig unter anderem für Rosenthal, Niederschönhausen und Französisch Buchholz um seinen Vorsitzenden Lars Bocian mitteilt, steht die Anmietung eines Bürgeramt-Standorts in der Dietzgenstraße 125 in Rosenthal kurz bevor. Auf Morgenpost Anfrage äußert sich jetzt Pankows Immobilienstadtrat Jörn Pasternack (CDU), zu den Details dieses Projekts, dass den Service für Bürger an das schiere Wachstum Pankows anpasst. Es wäre Bürgeramt Nummer fünf für den Bezirk, nach den Standorten in den Ortsteilen Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee und Karow-Buch.

Wie Stadtrat Pasternack mitteilte, wird die Anmietung des Bürgeramtes in der Dietzgenstraße noch dieses Jahr stattfinden. Ein konkreter Termin könne aktuell nicht genannt werden, da noch die Bedarfsfreigabe durch die Senatsverwaltung für Finanzen und die Bestätigung des Hauptausschusses ausstehe.

Neues Bürgeramt für Norden von Pankow: Etwa 12 Mitarbeiter geplant

„Für den neuen Bürgeramtsstandort wird der Einsatz von circa 12 Mitarbeitenden angestrebt, wobei die konkrete Einsatzplanung noch an die Möglichkeiten des gewählten Standortes anzupassen ist“, erklärt Pasternack. Und warum nutzt der Bezirk kein landeseigenes Gebäude oder eine Immobilie im eigenen Bestand? Die Anmietung eines privaten Gebäudes sei nötig gewesen, da in „der angestrebten Zielregion des Bezirks“ landeseigene Liegenschaften nicht in ausreichender Kapazität zur Verfügung stünden.

Der CDU-Abgeordnete Lars Bocian erwartet für viele Pankower eine bessere Erreichbarkeit ohne Auto, die Entlastung anderer Standorte und mehr Teilhabe durch eine wohnortnahe Verwaltung. „Wer aktuell im Nord-Westen Pankows lebt und einen Personalausweis beantragen, eine Meldebescheinigung holen oder seinen Wohnsitz ummelden möchte, muss große Umwege über Buch, Weißensee oder das Pankower Zentrum in Kauf nehmen“, sagt er zur aktuellen Lage.

Starkes Bevölkerungswachstum in Pankow bringt Infrastruktur ans Limit

Gerade für Ältere, Familien oder Menschen ohne eigenes Auto sei dies eine erhebliche Belastung. „Wir wollen eine Verwaltung, die mit dem Wachstum Schritt hält – effizient, modern und bürgernah“, betont **der Abgeordnete**, der nach eigenen Aussagen in direkten Gesprächen mit Martina Klement, Staatssekretärin für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung, auf die Schaffung eines neuen Standorts gedrängt hat.

Nach letzten Prognosen erwartet der Berliner Senat für Pankow ein Bevölkerungswachstum auf ein Niveau von 450.000 Einwohnern bis 2040. Besonders viel Zuzug erwartet man durch die neuen Stadtquartiere im Norden und Nordosten, die über 20.000 Wohnungen entstehen lassen.

Datum: 08.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

MORGENPOST EXKLUSIV

1,5 Millionen-Euro-Radweg beschädigt – neue Sorge um Rettungswege

08.07.2025, 14:29 Uhr • Lesezeit: 4 Minuten



Von **Thomas Schubert**, Leiter Bezirke



Bordsteine, die Radfahrer auf der Schönhauser Allee in Berlin-Pankow schützen sollen, wecken Sicherheitsbedenken. © Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. 25 Steine, die den Radweg Schönhauser Allee schützen, wurden weggedrückt. Ein Verbot soll den Weg retten. Doch Retter haben ein Problem.

Liebe Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article409462106/berlin-pankow-15-millionen-euro-radweg-beschaedigt-neue-sorge-um-rettungswege.html>

Datum: 09.07.25	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Birgit Walter Thema: Johannes Kraft

GESUNDHEITSWESEN

Helikopter-Skandal in Berlin-Buch: Die sieben Sünden des Rettungsfliegers

Der Hubschrauber „Christoph 100“ am Helios-Klinikum Buch steht weiter in der Kritik. Jetzt hält die Feuerwehr seine Einsätze durch Kurzstrecken künstlich hoch.

Birgit Walter
09.07.2025 , 15:55 Uhr



Nach einem Text über Flüge des Rettungshubschraubers „Christoph 100“ in Berlin-Buch, der zu seinem Einsatzort regelmäßig nur zwei oder drei Kilometer zurücklegt, meldete sich ein empörter Rettungspilot aus Frankfurt am Main: Die Zeitung verbreite offensichtlich Fake News. Solche Einsätze seien gar nicht statthaft, da gebe es

strenge Vorschriften. Er arbeite seit 15 Jahren in dem Beruf, er wisse das genau.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/die-sieben-suenden-des-rettungsfliegers-li.2338203>

Datum: 07/25	Medium: Bucher Bote
 <p>Bucher Bote Die erste Lokalzzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	<p>Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft</p>

**Fragen zu
Reha oder Rente?**

*Kostenfreie Beratung mit
Experten in meinem
Kiezbüro:*

(Berliner Str. 5, 13127 Berlin)

 **27.08, 11-13 Uhr**

 **01.10, 17-19 Uhr**

*Interesse? Bitte
um vorherige
Anmeldung.*

Joh. Kraft
Ihr Johannes Kraft



Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de 

Datum: 07/25	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Zebrastreifen und entschärfte Kreuzung

Ein halbes Jahr nach Fertigstellung der Bauarbeiten am Bahnhof Karow bekam die Unterführung im Juni Farbe. Mitarbeiter des Bezirksamts pinselten Verkehrsleitstreifen auf die Fahrbahn. Die erhöhten Radwege beginnen nun nicht mehr im Nichts, sondern auf der Straße. Neue Schilder weisen den Radweg aus und schreiben Tempo 30 vor. Der Zebrastreifen stadtauswärts hinter der Boenkestraße über die Bahnhofstraße strahlt in neuem Glanz. Die Durchfahrt unter der Eisenbahnbrücke wird so ungefährlicher – aber das Hauptproblem am Bahnhof, die Kreuzung Hubertusdamm/Bahnhofstraße, war von den Maßnahmen gar nicht betroffen. Nicht einmal eine Haltelinie parallel zur Bahnhofstraße wurde auf den Hubertusdamm aufgebracht. Die linke Straßenseite hinter der Kreuzung ist seit Mitte Dezember vom Publikumsverkehr abgeschnitten. Gewerbetreibende, Physiotherapeuten und Mitarbeiter von Sparkasse und Postfiliale wünschen sich da einen Zebrastreifen, wie er vor Dezember 2024 bereits bestanden hat (»BB« berichtete). Dieser Wunsch wird nun von Senat und



Bezirk Pankow unterstützt. Das Bezirksamt hat den Bedarf angemeldet und die Senatsverwaltung das Projekt ausgeschrieben, sagte CDU-Verkehrsexperte Johannes Kraft dem »BB«. »Ich habe die Hoffnung, dass das Projekt noch bis zum Jahresende umgesetzt wird.« Zudem seien die Sichtbeziehungen beim Linksabbiegen auf die Bahnhofstraße gefährlich eingeschränkt. Kraft möchte erreichen, dass am Anfang der Bahnhofstraße für mehr Verkehrssicherheit zwei Parkplätze gestrichen werden. Dem generell um sich greifenden Zuparken von Kreuzungen solle durch eine stärkere Überwachung des ruhenden Verkehrs durch das Ordnungsamt vorgebeugt werden. Die Straßenverkehrsordnung schreibt einen Sicherheitsabstand von fünf Metern vor Kreuzungen vor...

Mathias Heller

FOTO: MATHIAS HELLER
FOTO: KRISTIANE SPITZ

Baustelle fertig, ein Verkehrsschild warnt trotzdem weiter vor Straßenschäden...

Datum: 07/25	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Zu wenig Hilfe für Obdachlosenheim?

Es sind in der Regel keine guten Nachrichten zu hören, die aus und über die Wohn Einrichtung für obdachlose Männer in der Straße Am Sandhaus in Buch zu hören sind.

Das Gebäude der ehemaligen Zentralapotheke des Klinikums Buch, das heute ein landeseigenes Immobilienobjekt ist, hat ein Wohnunterkunftsbetreiber vor einigen Jahren angemietet. 251 Plätze bietet das Männerwohnheim, das momentan zu 99 Prozent ausgelastet ist. Insgesamt gibt es 582 derartige »Unterkünfte zur ordnungsrechtlichen Unterbringung wohnungsloser Menschen« in Berlin, insgesamt 51 allein in Pankow.

Die Bucher Unterkunft bietet ausschließlich Männern ein Dach über dem Kopf. Viele von ihnen sind zudem suchterkrank. Gerade letztere Personengruppe wird mitunter besonders auffällig im Ortsteil. In den vergangenen Jahren häuften sich Klagen wegen Alkohol trinkender Gruppen um den Bucher S-Bahnhof herum, wegen Vermüllung bestimmter Areale oder auch verstörender Erfahrungen auf dem Grundschulgelände und der Moorwiese. Einer der Bewohner, Herr L., berichtete »BB« von schwer ertragbaren Zuständen in der Wohn Einrichtung, wie schlechte Hygiene, gewalttätige Mitbewohner oder das Fehlen von Betreuung bzw. Ansprechpartnern. »Unterstützung erhalten die Bewohner

FOTO: KRISTIANE SPITZ



In Buchs Straße Am Sandhaus befindet sich die Unterkunft für wohnungslose Männer.

durch die Verwaltungsmitarbeitenden vor Ort und deren Netzwerk zum Sozialpsychiatrischen Dienst, zur Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung sowie den Fachstellen Soziale Wohnhilfen der zuständigen Bezirke. *Weiter auf S. 3*



KOMPOST ERDEN NORD Kompostieranlage
 Am Vorwerk 1G, 13127 Berlin
 Aktuelle Öffnungszeiten unter www.ke-nord.de

Zu wenig Hilfe für Obdachlosenheim?

Fortsetzung von S. 1

...Zusätzlich sind Mitarbeitende des Projekts Help Stiftung (Sozialarbeitende, Streetworker) einmal wöchentlich vor Ort«, erklärte Staatssekretär Aziz Bozkurt von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, auf eine Amfrage des Abgeordneten Johannes Kraft. Ob dies allerdings ausreicht, darf bezweifelt werden. Bozkurt aber erklärte: »Die Unterkunft 'Am Sandhaus' erfüllt die Mindeststandards zur ordnungsrechtlichen Unterbringung nach ASOG (*Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin – d. Red.*)«. In der Unterkunft gebe es eine Heimleitung, fünf Verwaltungsmitarbeitende, zwei Hausmeister, zwei Reinigungskräfte. Die Sicherheitsdienstleistungen erbringt eine

externe Sicherheitsfirma. Auch über die Kosten gibt der Staatssekretär Auskunft: Die Personal-, Sach- und Investitionskosten werden als Tagessatz pro Person monatlich abgerechnet. Für einen Platz im Einzelzimmer beträgt er 38 Euro, im Doppelzimmer 36 Euro und in einem Mehrbettzimmer 34 Euro.

Anlassbezogen werde die Unterkunft durch zwei Mitarbeitende des Sozialamtes Pankow aufgesucht. Einmal im Jahr erfolge mit Akteuren vor Ort ein »Runder Tisch«, Teilnehmer sind der Geschäftsführer des Betreibers, der Geschäftsführer der Sicherheitsfirma, Vertreter des Sozialamtes, des zuständigen Polizeiabschnitts und der Howoge als angrenzende Nachbarin.

Was auffällt – Bewohner der Obdachloseneinrichtung sind leider nicht dabei.

Kristiane Spitz

Datum: 10.07.25	Medium: RBB 24
	Autor: Thomas Rostek Thema: Johannes Kraft



Widerstands-Kollektiv erklärt Straße über Nacht zum Radweg

10.07.2025 · rbb24 · rbb

Mitten in der Nacht haben Aktivistinnen und Aktivisten einen Straßenabschnitt in Prenzlauer Berg eigenmächtig zum Fahrradweg erklärt – zur Freude vieler Radfahrender, doch die CDU warnt vor gefährlichen Situationen. Die Aktion des sogenannten Widerstands-Kollektivs sorgt im Helmholtzkiez für Diskussionen – und für ein mögliches Nachspiel. Beitrag von Thomas Rostek

Der Beitrag ist hier einsehbar:

<https://www.ardmediathek.de/video/rbb24/widerstands-kollektiv-erklaert-strasse-ueber-nacht-zum->

radweg/rbb/Y3JpZDovL3JiYl8wNDFIZDM3ZC0yMGExLTRkM2MtOWE3OC0zMDU0NDYyMTE0YjZfcHVibGJjYXRpb24

Datum: 12.07.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubart Thema: Jörn Pasternack

Schulplatz-Drama trotz Einser-Zeugnis

PANKOW: Selbst Bestleistungen reichen an den beliebtesten Schulen nicht aus

von Thomas Schubert

Es ist der Stoff für Familien-dramen, der Grund für Tränen im Kinderzimmern: In Pankow reichen zum Teil auch Einser-Zeugnisse nicht aus, um sich einen Schulplatz in der Nachbarschaft zu sichern. Die Kluft zwischen Nachfrage und Angebot hat ein Maß erreicht, dass sich viele Kinder gar nicht erst im eigenen Bezirk um Oberschulplätze zu bewerben versuchen. Und freiwillig nach Reinickendorf, Lichtenberg oder selbst ans andere Ende Berlins pendeln – nicht selten sogar bis Dahlem oder Grunewald.

„Von den zukünftigen Schülerinnen und Schülern der siebten Klasse, welche mindestens einen Schulwunsch für den Bezirk Pankow hatten, müssen circa 420 Schülerinnen und Schüler in andere Bezirke pendeln“, schildert Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) die heikle Lage auf Morgenpost-Anfrage. Rechnet man die früheren Jahrgänge hinzu, gehen wohl über 2000 Kinder auf Reisen in die Klassen anderer Bezirke. Doch längst nicht alle wollen akzeptieren, dass man ihnen im Pankower Schulamt



Schulplatzmangel in Berlin-Pankow setzt Familien seit Jahren unter Stress. Jetzt zeigt sich beim Vergabeverfahren für die siebten Klassen die Extremsituation erneut. (Symbolfoto) Foto: Reto Klar/FUNKE Foto Services

bis zu einer Stunde Fahrzeit pro Strecke zumutet.

Wie schon in der Vergangenheit drohen auch beim diesjährigen Vergabefahren Klagen von unzufriedenen Familien, die mit ihren Wünschen scheitern und sich gegen Entscheidungen wehren. Wie viele Klagen in diesen Tagen dem Bezirksamt bislang bekannt sind, lässt Pasternack offen. „Es gehen derzeit viele Widersprüche bezüglich der Schulplatzvergaben im Schul- und Sportamt Pankow ein. Weitere Aussagen können zum derzeitigen

Stand des Verfahrens nicht getroffen werden.“

Und welche Schulen waren diesmal am beliebtesten? Bei den Integrierten Sekundarschulen liegt die Heinz-Brandt-Schule in Weißensee erneut ganz vorne, bei den Gymnasien liegt das Heinrich-Schliemann-Gymnasium in Prenzlauer Berg auf Platz eins. Beim Vergabeverfahren für die siebten Klassen für das kommende Schuljahr zeigt sich: Von den insgesamt 15 weiterführenden Schulen im Bezirk sind 12 übernachgefragt, drei wei-

tere stark nachgefragt, wie Pasternack berichtet.

Einzelne Schulen konnten noch Zweit- oder Drittwünsche erfüllen, doch bei den meisten übernachgefragten Einrichtungen reichten die Kapazitäten dafür nicht aus. Sie konnten immerhin alle Bewerber aufnehmen oder hatten sogar noch wenige Plätze übrig. Wie schon im Vorjahr zeigt sich aber, dass Familien in Pankow, deren Kinder keine Bestnoten im Zeugnis haben, von vornherein auf eine Bewerbung an den seit Jahren be-

kannten Hotspot-Schulen des Bezirks verzichten.

Wer es doch versucht, muss mit Absagen rechnen. Wie der Tagesspiegel berichtet, gingen jetzt am besonders beliebten Schliemann-Gymnasium 12 Schülerinnen und Schüler leer aus, trotz eines Notendurchschnitts von 1,0.

Um die Situation zu entschärfen, setzt Schulstadtrat Pasternack auf mehr Kapazität – durch Baumaßnahmen der Berliner Schulbauoffensive. Für das Jahr 2025 sei die Gründung von zwei neuen Gemeinschaftsschulen geplant. Diese sollen für Entlastung sorgen und mehr wohnortnahe Schulplätze schaffen.

Doch zugleich stehen wichtige Projekte zum Neubau von Gymnasien infrage. So tobt seit Jahren ein Streit zwischen Bezirk und Investor um den Neubau eines Schulstandorts mit bis zu 800 Plätzen am Güterbahnhof Greifswalder Straße in Prenzlauer Berg. Ein Ende des dortigen Grundstück-Pokers mit dem Flächeneigentümer, der am Güterbahnhof auf Baurecht für bis zu 500 Wohnungen drängt, ist nicht absehbar.

Datum: 17.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Joachim Fahrun Thema: Johannes Kraft

BILLIGE PARKGEBÜHREN

Verkehrssenatorin kündigt Park Konzept für den Herbst an



Parkende Autos in Berlin: Die CDU plant eine Park-Revolution, aber das Konzept dafür lässt noch auf sich warten. © picture alliance/dpa | Wolfram Steinberg

Berlin. Ute Bonde (CDU) geht davon aus, dass Anwohnerparken teurer wird. SPD macht Einnahmen zum Thema für den Doppelhaushalt 2026/27.

Verkehrssenatorin [Ute Bonde](#) (CDU) hat für die zweite Jahreshälfte das lange erwartete neue Parkkonzept angekündigt. In der RBB-Abendschau sagte Bonde, sie gehe davon aus, dass die [Anwohner-Parkvignette](#) dann auch teurer werde. Auf welchen Preis sich Fahrzeughalter einstellen

müssen, ließ sie offen. Bisher kostet das Recht, als Anlieger seinen Wagen in einer Parkzone abzustellen, für zwei Jahre 20,40 Euro.



Sagt das Parkkonzept für den Herbst zu: Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU).© FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Diese Einnahmen deckten noch nicht mal die Verwaltungskosten von rund 37 Euro, kritisiert der Koalitionspartner SPD. Verkehrsexperte Tino Schopf sagte, der geringe Preis bedeute für Berlin insgesamt ein Verlustgeschäft von mehr als fünf Millionen Euro pro Jahr. Die SPD-Seite der schwarz-roten Regierungskoalition drängt darauf, das Thema Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung noch für den nächsten Doppelhaushalt 2026/27 als zusätzliche Einnahmequelle zu nutzen. Schon für den Spar-Nachtragshaushalt 2025 hatte die SPD zusätzliche Einnahmen aus den Parkgebühren gefordert, war aber bei der CDU abgeblitzt. Laut Tino Schopf will die SPD den Preis für die Park-Vignette auf 160 Euro pro Jahr erhöhen.

CDU will auch für regelmäßige Besucher der Innenstadt Parkvignetten ausgeben

Der **CDU-Verkehrsexperte Johannes Kraft** hatte kürzlich exklusiv in der Morgenpost Ideen für eine „Park-Revolution“ vorgestellt. Demnach sollen auch solche Autofahrer eine Vignette für Parkzonen in der Innenstadt erwerben dürfen, die dort zwar nicht gemeldet sind, aber regelmäßig Halt machen. Sie würden sich so das Recht sichern, ihr Fahrzeug abzustellen, ohne die Parkautomaten füttern zu müssen.

Dadurch würden die vielen Ausnahmen von der Parkgebühren Pflicht für verschiedene Berufsgruppen wie Krankenpfleger, Handwerker oder Polizisten entfallen und der Verwaltungsaufwand gesenkt werden. Für Gelegenheitsbesucher oder Touristen sollen die Parkautomaten aber stehen bleiben. Insgesamt sollen auch nach den Worten **Krafts** die Parkgebühren in der Stadt steigen.

Die Parkraumüberwachung könnten Scan-Cars statt Ordnungsamts-Leute übernehmen

Zudem will die CDU ermöglichen, dass auch Parkplätze an Supermärkten nachts für Anwohnerparken genutzt werden können. Die Überwachung der parkenden Autos möchte die CDU an sogenannte Scan-Cars übergeben, die die Kennzeichen per Sensor kontrollieren. Dadurch könnten viele Ordnungsamts-Beschäftigte für andere Aufgaben in den Bezirken freigestellt werden.

Datum: 17.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
	Autor: Stefanie Hildebrandt Thema: Lars Bocian

Wohnungskrise

Bebauung der Elisabeth-Aue: Wie die AfD den Bürger-Protest aufmischt

In Pankow formiert sich neuer Widerstand gegen die Bebauung der Elisabeth-Aue. Auf Flugblättern, die verteilt werden, wird zu offenem Widerstand aufgerufen. Wer steckt dahinter?



Stefanie Hildebrandt

17.07.2025 08:57 Uhr



Hartes Ringen um Berlins Grün: Auf der Elisabeth-Aue sollen 5000 Wohnungen entstehen. Treffen mit den Demo-Veranstaltern. Markus Wächter/Berliner Kurier

Die Senatsverwaltung plant auf der Elisabeth-Aue in Berlin-Pankow ein neues Stadtquartier mit bis zu 5000 Wohnungen. Während die erste Etappe nun konkret wird, regt sich vor Ort Widerstand. Doch nicht immer ist durchsichtig, wer welche politischen Interessen vertritt. Ein scheinbar neutraler Flyer mischt derzeit den Pankower Norden auf.

Auf den Buchholzer Festtagen wurden im Juni Flugblätter verteilt, die zu einer Protestkundgebung gegen die Bebauung der Elisabeth-Aue aufrufen. Von „offenem Widerstand“ ist in dem Text die Rede und von „Gesicht zeigen für die Aue“. Doch wer steckt eigentlich hinter dem Aufruf, der auch in vielen Briefkästen in Blankenfelde und Französisch Buchholz landete und die Bürger in ihrer Ablehnung einer massiven Bebauung der Grünfläche abholt?

Ein Anruf bei Oskar Tschörner, der sich seit 2014 mit der [Bürgerinitiative Elisabeth-Aue](#) aus ökologischen Gründen für den Erhalt der über 70 Hektar großen Fläche einsetzt: „Unsere Initiative hat mit der Protestkundgebung nichts zu tun“, so Tschörner. Man wolle sich nicht für politische Ziele instrumentalisieren lassen, die man nicht teile. Aber auch Menschen aus dem eigenen Dunstkreis seien auf den Aufruf hereingefallen, so Oskar Tschörner.

Moment mal hereingefallen? Worauf denn? Der Aufruf zum Protest kommt unpolitisch daher. Kein Parteilogo, nur ein Schmetterling zierte den Flyer. Während einer Bürgerinformationsveranstaltung seien „große Bedenken der Anwohner mit scheinheiligen

Argumenten vom Tisch gewischt worden“, steht im Text. Und: „Für die Kundgebung hätte sich bereits Gäste aus der Politik bereit erklärt, Rede und Antwort zu stehen.“ Doch wer sind diese Gäste und worüber soll diskutiert werden?

Der CDU-Abgeordnete im Abgeordnetenhaus für den Pankower Wahlkreis, **Lars Bocian**, der sich für eine teilweise Bebauung der Aue einsetzt, und eine neue Oberschule und ein Ärztezentrum schnell verwirklicht sehen will, hat jedenfalls keine Einladung zu einer Diskussionsrunde erhalten.

AfD mobilisiert in Pankow, ohne sich zu erkennen zu geben

Er teilt stattdessen auf KURIER-Anfrage mit: „Unter dem Namen „Protestkundgebung Grüner Gürtel Berlins“ tarnt die AfD offenbar eine Wahlkampfveranstaltung und mobilisiert pankow-weit. Ich empfehle, genau zu hinterfragen, wer diese Veranstaltung organisiert und ob damit nicht politische Interessen vertreten werden. Wir brauchen Transparenz und ehrliches Engagement, nicht Fake-Aktionen, die unsere Heimat instrumentalisieren“, so **Bocian**.

Auch Almuth Tharan und Paul Schlüter, Fraktionsvorsitzende der Grünen in Pankow, haben keine Einladung bekommen. „Die Grüne Fraktion in Pankow wird auf der Veranstaltung nicht vertreten sein“, schreiben sie. „Hätte es eine Einladung gegeben, hätten wir sie ausgeschlagen: Wir lassen nicht zu, dass sich die AfD mit fremden Federn schmückt. Offenbar möchte die AfD ein Thema kapern, das sie in ihrer bisherigen kommunalpolitischen Arbeit nachweislich kaum bis gar nicht interessiert hat.“

Demo-Veranstalter wollen Politik außen vor lassen

Wir wollen den Veranstalter der Demo fragen, was denn nun hinter der Aktion steckt und er stimmt einem Treffen sofort zu. Vor Ort hat sich eine Handvoll Menschen aus dem Orga-Team versammelt. Der Bauer, dessen Felder von einer Bebauung betroffen wären, ist samt Trecker da, ebenso weitere Anwohner. Sie alle eint ein Misstrauen gegenüber den Senatsparteien, die die Bebauung forcieren. Und die kritisieren eine mangelnde Beteiligung der Bürger vor Ort.

Man habe mit dem Anliegen, in Sachen Aue ernsthaft gehört zu werden, alle Parteien angeschrieben, aber nur von der AfD eine Antwort erhalten, sagt Demo-Veranstalter Uwe Schreckling. Dass Schreckling, wie auch andere Mitstreiter, selber AfD-Mitglied ist, andere wiederum ein BSW-Parteibuch haben, soll in diesem Fall aber eine untergeordnete Rolle spielen, sagt er. Man wolle endlich, dass die Bürger vor Ort ernst genommen werden, so Schreckling. „Wir wollen mit allen Beteiligten vor Ort reden.“ Auch Vertreter anderer

Parteien will er zum Dialog bei der Veranstaltung ermuntern. Die Protest-Veranstaltung wollen die Anmelder explizit als unpolitisch verstanden wissen. Aber geht das überhaupt?

Es geht hier nicht um Parteiengeplänkel sondern um die Sache

Auf dem Fest in Buchholz, bei dem die AfD wegen ihrer Einstufung als gesichert rechtsextrem durch den Verfassungsschutz keinen Stand aufbauen durfte, habe ihn ein Vertreter der Partei angesprochen und Unterstützung angeboten. „Wir wollen hier kein Parteiengeplänkel, sondern es geht uns um die Sache, um unsere Elisabeth-Aue“, wird Uwe Schreckling nicht müde zu betonen.

Datum: 18.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

MORGENPOST EXKLUSIV

Verkappte AfD-Demo gegen Wohnprojekt: Sorge um „ein Stück Heimat“

18.07.2025, 11:42 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten



Von **Sebastian Struwe**, Bezirksreporter



Bauern-Protest in Pankow droht: Auch Traktoren aus Brandenburg sollen an der Demonstration zum Projekt Elisabeth-Aue teilnehmen. (Symbolfoto)© FUNKE Foto Services | Uwe Ernst

Berlin. Der „Grüne Gürtel Berlin“ ruft zum Protest gegen das Wohnbauvorhaben in der Elisabeth-Aue auf. Kein Wort, dass dahinter ein AfD-Mann steckt.

Liebe Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article409489889/afd-undercover-wieso-versteckt-sich-hellblau-hinter-naturgruen.html>

Datum: 19.07.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Sebastian Struwe Thema: Lars Bocian, Jörn Pasternack

„Mit Wachstum Schritt halten“

PANKOW: Boom-Bezirk erhält ein fünftes Bürgeramt / Standort ist in der Dietzgenstraße

von Sebastian Struwe

Nirgendwo soll Berlin so rasant wachsen wie in Pankows Norden. Ein neues Bürgeramt ist da nur konsequent.

Kein Bezirk in Berlin wächst perspektivisch so stark wie Pankow. Das gilt insbesondere für dessen Norden mit seinen vielen geplanten Wohnquartieren. Entsprechend wichtig ist dort die Erweiterung der Verwaltungsinfrastruktur – inklusive der Aussicht auf ein neues Bürgeramt. Wie der CDU-Ortsverband Pankow Nord um seinen Vorsitzenden Lars Bocian mitteilt, steht die Anmietung eines Bürgeramt-Standorts in der Dietzgenstraße 125 in Ro-

senthal kurz bevor. Es wäre Bürgeramt Nummer fünf nach den Standorten in den Ortsteilen Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee und Karow-Buch.

Auf Morgenpost Anfrage bestätigte Immobilienstadtrat Jörn Pasternack (CDU) die Pläne. Die Anmietung des Bürgeramtes in der Dietzgenstraße werde noch dieses Jahr erfolgen. Ein konkreter Termin könne aktuell nicht genannt werden, da noch die Bedarfsfreigabe durch die Senatsverwaltung für Finanzen und die Bestätigung des Hauptausschusses ausstehe. „Für den neuen Bürgeramtsstandort wird der Einsatz von circa zwölf Mitarbeitenden angestrebt“, erklärt Pas-

ternack. Und warum nutzt der Bezirk kein landeseigenes Gebäude oder eine Immobilie im eigenen Bestand? Die Anmietung eines privaten Gebäudes sei nötig gewesen, da in „der angestrebten Zielregion des Bezirks“ landeseigene Liegenschaften nicht in ausreichender Kapazität zur Verfügung stünden, erläutert der Stadtrat.

Der CDU-Abgeordnete Lars Bocian erwartet für viele Pankower eine bessere Erreichbarkeit ohne Auto, die Entlastung anderer Standorte und mehr Teilhabe durch eine wohnortnahe Verwaltung. „Wer im Nord-Westen Pankows lebt und einen Personalausweis beantragen, eine Meldebescheinigung ho-

len oder seinen Wohnsitz ummelden möchte, muss große Umwege über Buch, Weißensee oder das Pankower Zentrum in Kauf nehmen“, sagt er zur aktuellen Lage.

Gerade für Ältere, Familien oder Menschen ohne eigenes Auto sei dies eine erhebliche Belastung. „Wir wollen eine Verwaltung, die mit dem Wachstum Schritt hält – effizient, modern und bürgernah“, betont der Abgeordnete, der nach eigenen Aussagen in direkten Gesprächen mit Martina Klement, Staatssekretärin für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung, auf die Schaffung eines neuen Standorts gedrängt hat.

Datum: 19.07.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

Neue Sorge um Rettungswege

PRENZLAUER BERG: 1,5 Millionen-Euro-Radweg an der Schönhauser Allee beschädigt / 25 Steine wurden weggedrückt

von Thomas Schubert

Was als Schutz für Radfahrer gedacht war, wird auf der Schönhauser Allee zum Sicherheitsrisiko: 25 von 720 aufgeklebten Bordstein-Stücken, die den neuen, breiten Radweg von den Auto-Fahrspuren abtrennen, haben sich verrückt und ragen teilweise in den Radweg hinein.

Durch eine Anfrage des Pankower CDU-Abgeordneten Lars Bocian, die der Morgenpost vorab vorliegt, wird nun bekannt, wie genau es zur Verschiebung der Steine kam. Schuld an der Beschädigung der 1,5 Millionen Euro teuren Radweg-Konstruktion sind Baufahrzeuge, die diese Barriere überfahren.

Wie jetzt durch Untersuchungen bekannt wird, haben tonschwere Lkw und Containerdienste die Steine weggedrückt. Eine Genehmigung von Sondernutzungen für Baustellen und für das Aufstel-

len von Container und Schutt-ablagerungen will das Bezirksamt Pankow deshalb nicht mehr erteilen, erklärt die Senatsverkehrsverwaltung auf Anfrage von Bocian. „Das Bezirksamt Pankow und die in-fraVelo prüfen derzeit ergänzende sichernde Maßnahmen sowie Maßnahmen, die die Sichtbarkeit der Elemente erhöhen können“, heißt es in dem neuen Bericht. Damit soll also ein Baustellen-Verbot das Problem beheben, ohne dass man den neu gebauten Radweg umgestalten müsste.

Zweifel am Verfahren, den 2024 fertiggestellten Radweg auf beiden Seiten der Schönhauser Allee zwischen den beiden Hoch-Bahnhöfen der U2 mit Bordsteinen zu schützen, bestehen in diesem Punkt nicht. „Das langsame Befahren der Bordsteine durch Pkw führt in der Regel nicht zu Beschädigungen“, heißt es zu bedenken, dass dieses Schutzverfahren für die Abtrennung der Radwege nicht taugt.



Im Notfall können Rettungswagen den Radweg auf der Schönhauser Allee nicht befahren. Foto: Thomas Schubert

Das Fazit nach der Untersuchung der Ursachen zur Verschiebung der Steine lautet so: „Material- und Konstruktionsfehler werden von der Fachabteilung ausgeschlossen, da diese Bauweise bereits bei zahlreichen anderen vergleichbaren Maßnahmen im

Land Berlin eingesetzt worden ist und die Schäden in der Schönhauser Allee punktuell auftreten.“ Auch Sorgen, wonach die aufgeklebten Steine Rettungswagen bei einem Einsatz behindern könnten, versucht der Berliner Senat in seiner Antwort auf Bocians

Anfrage zu entkräften: „Es ist grundsätzlich möglich, die Steine im Notfall langsam zu überfahren. Ein Überfahren der Borden aus anderen Gründen ist nicht vorgesehen“. Dort, wo eine Querung der Radspur vorgesehen sei, bestünden ohnehin Lücken.

Auch wenn eine Querung von der Seite kommend möglich ist: In Längsrichtung auf dem Radweg zu fahren, scheint Retter vor Schwierigkeiten zu stellen: Wegen „zahlreicher Verschwenkungen, die für den Bau von Mittelinseln für den Fußverkehr zwischen Radweg und Fahrbahn zwingend erforderlich waren“, sei „ein Befahren des Radweges mit Rettungsfahrzeugen nicht möglich“, heißt es von Senatsseite. Für Lars Bocian ein ganz dringliches Problem: „Dass Rettungsfahrzeuge im Notfall nicht den Radweg nutzen können, finde ich bedenklich.“

So wird die Neugestaltung der Schönhauser Allee wieder zum Sorgenfall. Allein für den Umbau des kurzen Stückes zwischen den beiden Hochbahnhöfen brauchten Bezirk und Pankow über sechs Jahre. Dass dafür 150 Parkplätze wegfallen und neue Barrieren den Verkehrsraum unterteilen, nahmen Landes- und Bezirks-politiker in Kauf.

Datum: 24.07.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

RADSPUR NICHT BEFAHRBAR

Berliner Beton-Radweg als Hindernis? Feuerwehr schafft Klarheit

24.07.2025, 05:55 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten



Von **Thomas Schubert**, Leiter Bezirke



720 Betonblöcke schützen auf der Schönhauser Allee einen Radweg, den die Feuerwehr im Notfall nicht befahren kann. Ist das ein Problem? Oder völlig normal? © Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Eine Beschädigung der Betonleisten am Radweg Schönhauser Allee führt zu Fragen, ob die Steine Retter behindern. Das sagen Bezirk und Feuerwehr.

Liebe Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article409581793/berliner-beton-radweg-als-hindernis-feuerwehr-schafft-klarheit.html>

Datum: 29.07.25	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Lars Bocian

Trotz Rückschlags nach Anwohner-Einspruch: Berliner Behörden halten an Ausbauplänen für die Kastanienallee fest

Die Verbreiterung der Kastanienallee in Rosenthal für den Lkw-Verkehr ist vorerst gestoppt. Doch das Projekt soll weiter vorangetrieben werden – ob das klappt, hängt an einer Frage.

Von **Christian Hönicke**

Stand: 29.07.2025, 06:49 Uhr

Liebe Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/pankow/trotz-ruckschlags-nach-anwohner-einspruch-berliner-behorden-halten-an-ausbauplanen-fur-die-kastanienallee-fest-14096267.html>